

Architektur und Städtebau im postindustriellen Zeitalter

Einige Anmerkungen zu einer schwierigen Beziehung vor dem Hintergrund der schweizerischen Debatten seit dem II. Weltkrieg

Angelus Eisinger, Zürich

Die aktuellen Debatten um Stadtplanung und Städtebau deuten auf ein schwieriges Verhältnis von Architektur und Städtebau hin. In der Diskrepanz zwischen urbanistischer Absicht und städtischer Realität äussert sich eine Überforderung des Fachgebietes durch seinen Gegenstand. Ein Blick auf die schweizerischen Städtebau- und Planungsdebatten der letzten 50 Jahre erlaubt, möglichen Ursachen dieser Überforderung nachzugehen und vor diesem Hintergrund die Frage nach den aktuellen Entscheidungsspielräumen zu stellen. Ich möchte dies über eine Kontrastierung der Verhältnisse der fünfziger und sechziger Jahre mit der heutigen Situation unternehmen.

Moderne Klarheiten

Was die Bewertung der Verhältnisse in den schweizerischen Städten während der fünfziger und sechziger Jahren anbelangt, wiesen die Positionen der Architekten und Städtebauer weitgehende Übereinstimmung mit den gängigen Einschätzungen in der schweizerischen Öffentlichkeit auf. Die kulturkritische Rhetorik der Beschwörung des urbanen Zerfalls stilisierte Städte zu unwürdigen Begleiterscheinungen einer aus der Kontrolle geratenen wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung und ihrer sozialen Folgen. Dahinter verbarg sich ein weit verbreitetes Unbehagen gegenüber dem raschen Wandel jener Jahre: Die hohe Wohnungsnot in den Schweizer Städten, die wachsende Belastung durch den Verkehr, die Industrieanlagen mitten in Wohngebieten wie auch die Zersiedelung des Mittellandes sah man als untrügliche Indizien, dass die Welt eine andere geworden war. Die von Akademikern und Intellektuellen geführte Formel von der Grossstadt als Moloch entsprach in ihrer inhaltlichen Essenz den gängigen urbanen Diskursen der Architekten, Städtebauer und Planer. Eine Begrenzung der Stadt sollte das „Menschliche“ (Armin Meili) vor der Vermassung, die Demokratie vor dumpfem Kollektivismus retten.¹ Im Gegensatz aber zum kleinstädtische Idyllen beschwörenden Kulturpessimismus präsentierten die Architekten zukunftsgerichtete Vorschläge. Sie erklärten sich in einem umfassenden Sinne für das Urbane zuständig und stellten in Aussicht, mit räumlich-funktionalen Reorganisationen und entsprechenden baulichen Interventionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene die Industriegesellschaften mit ihren technisch-wissenschaftlichen Fundamenten zu versöhnen. Die zentrale intellektuelle Leistung bestand dabei in einer Komplexitätsreduktion, welche die verwirrende Heterogenität urbanen Lebens in die kontrollierte Realität von Planwelten übersetzte.

Im Jahre 1957 skizzierte der damalige BSA-Präsident Hermann Baur in einer Sondernummer der Schweizer Rundschau die „Grossstadt von morgen“.² Dem düsteren Grundtenor des Heftes mochte er nicht widersprechen. Die Krise des Urbanen war für ihn mehr als ein blosser Reflex flüchtiger Zeiterscheinungen. Baur erkannte in ihr eine tieferliegende strukturelle Degeneration der Verhältnisse. Seine selbstbewusste Haltung, die anstehenden Aufgaben könnten ruhig den Architekten und Städtebauern überlassen werden, gründete nicht zuletzt auf der Ansicht, die Ähnlichkeiten in den

¹ Meili, A. (1945). Zürich heute und morgen. Wille oder Zufall in der baulichen Gestaltung. Zürich. Eine ähnliche Position vertreten in ihren Antrittsvorlesungen an der ETH H. Hofmann bzw. A.H. Steiner. vgl. Hofmann, H. (1942). Baugesinnung. Antrittsvorlesung vom 30.Mai 1942 an der ETH ZH. in: Schweizerische Bauzeitung, 291-293 bzw. Steiner, A.H. (1958). Die Situation des Städtebau in unserer Zeit. Antrittsvorlesung, gehalten am 28. Juni 1958 an der ETH Zürich. In: Schweizerische Bauzeitung, 591-594.

² Baur, H. (1957). Die Grossstadt von morgen. in: Schweizer Rundschau. Monatsschrift für Geistesleben und Kultur, 726-730.

industriegesellschaftlichen Entwicklungsdeterminanten verlangten nach verwandten architektonisch-städtebaulichen Lösungen. Die städtebauliche Zukunft der Schweiz kündigte sich deshalb für Baur in skandinavischen Satellitenstädten und niederländischen Stadterweiterungen, in Chandigarh oder in Brasilia an.

Es gab daneben eine stärker mit dem bestehenden rechnende Städtebaudebatte. Bei allen Differenzen lassen sich aber zwischen den verschiedenen städtebaulichen Doktrinen Gemeinsamkeiten feststellen, die weit über die Ablehnung der momentanen städtischen Verhältnisse hinausgingen. Sie kulminierten in einer instrumentellen Rationalität architektonisch-städtebaulichen Denkens, das optimistisch genug war, gesellschaftliche Probleme als technische Fragen zu verstehen und in bauliche Lösungen zu übersetzen. Mit anderen Worten: Der Städtebau jener Jahre nahm den urbanen Alltag als komplex und verworren wahr. Er schrieb sich aber die Fähigkeit zu, untrüglich diagnostizieren und – wo immer nötig – das Skalpell mit sicherer Hand führen zu können. Objekt – Quartier – Stadt – Region – Land bildeten eine hierarchisch-logische Verknüpfung räumlicher Ebenen, welche urbane Probleme als Teil übergeordneter nationalstaatlicher Prozesse begriff. Die Rezeptur lautete deshalb: Konzentration der Siedlungsentwicklung unter gleichzeitiger Begrenzung der Ausdehnung der Städte.

So oft diese Forderung auch vertreten wurde, der urbane Umbau der Schweiz liess auf sich warten. Zentrifugale Kräfte drängten den Architekten aus dem Epizentrum, in welchen ihn der Anspruch der Disziplin gestellt hatte. Schulbuchmässige Übersetzungen moderner Architektur- und Städtebaudoktrinen auf schweizerische Verhältnisse, wie beispielsweise die virtuelle Studienstadt Otelfingen, operierten mit dem gängigen Denkmodell des städtischen Raumes als homogenem Abstraktum.³ Boden fungierte in dieser modernen Welt der Planskizzen, ihren Laubsäge-Modellen und didaktisch aufbereiteten Stadtplänen als „Verfüngsmasse“ (Sennett) architektonisch-städtebaulichen Gestaltungswillens - Rohmaterial für die zeitgemässe Stadt. Allein: diese logisch stringente Welt schaffte es kaum in der gesellschaftlichen Realität der fünfziger und sechziger Jahre Fuss zu fassen. Die sozioökonomische und technologische Dynamik entzog sich störrisch der intellektuellen Abstraktheit der von der Moderne behaupteten Kongruenz von urbaner Form und technologisch-wissenschaftlichem Entwicklungsstand. Die Schweiz entwickelte sich in vielen Bereichen rasch und sie tat dies ohne ausgiebige Berücksichtigung der Konzepte des modernen Städtebaus. Jede Konjunktur städtebaulicher und planerischer Leitbilder geriet in unauflösbare Konflikte mit dem im Eigentumsrecht, der Bodengesetzgebung oder aber in den föderalistischen Arbeitsteilungen eingeschriebenen staatspolitischen Selbstverständnis. Natürlich steckte dahinter oft nicht mehr als jener Konflikt zwischen Privatem und Allgemeinem, dessen „Primitivität“ Martin Wagner bereits Jahrzehnte zuvor angeprangert hatte.⁴ Allein: Städtebau, der sich nicht bloss mit Verkehrsplanung bescheiden wollte, war nur unter aussergewöhnlich günstigen Bedingungen mehr als eine baupolizeilich strikt reglementierte, auf die einzelne Parzelle bezogene Intervention. Das Verhältnis des Architekten zur Stadt blieb somit notwendig ein prekäres.

Nach der Moderne - neue Rahmenbedingungen

Die strikten städtebaulichen Ordnungen der Moderne sind längst toleranteren Konzepten gewichen. Die disziplineninterne Kritik demontierte zunächst die Fiktion des geschichtslosen neutralen städtischen Raumes der modernen Städtebauutopien. Mit Aldo Rossi mündete diese Kritik dann in die Vorstellung einer den architektonischen Entwurf anleitenden Tiefenstruktur der Stadt. Zudem hat sich der Kontext architektonischen und städtebaulichen Handelns grundlegend verändert: Die Auflösung bisheriger gesellschaftlicher Orientierungen, die Globalisierung ökonomischer Prozesse, die ökologischen Debatten und die Neuverteilungen privater und öffentlicher Aufgabenfelder - oft in Ermangelung geeigneter Begriffe mit dem ungeschickten Sammelbegriff „Postmoderne“ versehen – beeinflussen heute den städtebaulichen Handlungsspielraum massgeblich. Moderne Stadtplanungsvorstellungen einer demokratisch abgesicherten Stadtgestalt, wie beispielsweise die Zürcher Politik unter Ursula Koch, nehmen die veränderten Konstellationen als nicht auflösbare Zielkonflikte wahr: diese Sicht der Dinge hält die Stadt als Agora, als Ort des Disputes, die Interessen von Familien nicht mit den Anforderungen an internationale Wettbewerbsfähigkeit, den Bedürfnissen

³ Neue Stadt (1958). Studienprojekt einer Neuen Stadt im Furttal. Zürich; ders. (1963). Die Studienstadt im Furttal bei Zürich. Zweiter Bericht über die Grundlagen einer neuen Schweizer Stadt. Zürich.

⁴ Zit. in: Oechslin, W. (1991). Stadtöffentlichkeit. in: Lampugnani, V.M. und M. Mönninger. Berlin morgen: Ideen für das Herz einer Grossstadt. Stuttgart, 80-85.

multinationaler Konzerne oder verkehrspolitischen Erfordernissen vereinbar. Man setzt deshalb auf althergebrachte Abwehrstrategien statt auf die Entwicklung integrativer Konzepte. Dabei zeigt sich aber in den letzten Jahren immer deutlicher, dass die mit Hilfe von Baugesetzen und Verordnungen, Zonen- und Quartierplänen aus den Büros der Bauämter orchestrierten Stadtvorstellungen nicht mehr greifen.

Die informationstechnologiegestützten sozioökonomischen Praktiken der postindustriellen Gesellschaft schreiben sich zunehmend in die Städte ein.⁵ Dieser schleichende Umbau zeigt sich zunächst in einer fortschreitenden Verwischung bisheriger Stadtstrukturen und eingespielter Arbeitsteilungen. Während die alten Stadtzentren auch für die eigenen Bewohner immer mehr zu Ausflugszielen werden, ereignet sich in der Peripherie erstaunliches: An Autobahnknotenpunkten, in der Nähe von Flugplätzen etablieren sich durch Baugesetze eher schlecht als recht geordnete Wachstumspole einer globalen Stadtvernetzung.

Die Peripherie - Indikator der Veränderungen

In diesem Zusammenhang ist es in den letzten Jahren gerade unter Architektinnen und Architekten zu einer eigentlichen Entdeckung der Peripherie gekommen. Ihre Heterogenität mag faszinierend sein. Vor allem aber erlauben die dortigen Veränderungen einen Einblick in laufende räumliche Reorganisationsprozesse. Die ökonomische Globalisierung führt nicht zu einer Angleichung der Städte, wohl aber zu einer Ausbildung von Gruppen ähnlicher „Stadtschicksale“.⁶ Globalisierung bedeutet zunächst Restrukturierung räumlicher Arbeitsteilungen. So hat sich global ein Netz von Städten herausgebildet, die Macht- und Kontrollstellen der weltumspannenden Kapital- und Informationsströme sind – Zentralen eines von Computern verwalteten „long distance management“ (Sassen). Bisherige räumlich-funktionale Ordnungen zwischen Stadt, Peripherie und Umland werden dabei überholt und abgewertet. Die Wirkungen sind aber nicht eindeutig, dafür genügt ein Blick auf die schweizerischen Verhältnisse. Einerseits fungieren die Agglomerationsgürtel als Auffangbecken für aus der Stadt verdrängte vorwiegend industrielle und handwerkliche Nutzungen. Die Peripherie wird ausserdem zum bevorzugten Standort autistisch anmutender Freizeitzentren und Shopping-Malls, deren Platzbedürfnisse in Innenstädten nicht mehr zu befriedigen sind. Schliesslich siedeln sich in der Peripherie und im Agglomerationsgürtel von global vernetzten Städten wie Zürich international agierende Dienstleistungsbetriebe an. Diese Betriebe agieren weltweit und sind räumlich enorm mobil – Verschiebungen in Standortprofilen wird rasch mit Dislozierung begegnet. Die globale, postindustrielle Stadt ist somit nicht mehr Ort, sondern Prozess. An die Stelle der eindeutigen Zentren-Peripherie-Struktur ist eine Situation multipler, teilweise stark fluktuierender Zentren getreten.⁷

Auswirkungen auf die urbane Architektur

Diese Entwicklungen sind architektonisch folgenreich. Um ihre Auswirkungen auf die Entscheidungsspielräume urbaner Architektur abzuschätzen, hat man zumindest zwischen grossdimensionierten Stadterneuerungsprojekten – beispielsweise die Umnutzung von Industriebrachen – und kleinräumlichen punktuellen Interventionen zu unterscheiden. Für beide gilt, dass das bisherige Vorgehen verbindlicher städtebaulicher Festschreibung des gesamten Stadtgebietes einer räumlich enger begrenzten Bestimmung von Stadtrealität weicht. Globalisierung und

⁵ Dear, M. and S. Flusty (1999). The postmodern urban condition. in: M. Featherstone and S. Lash. Spaces of culture. City - Nation - World. London, Thousand oaks, New Delhi, 64-85 ; Rötzer, F. (1995). Die Telepolis. Urbanität im digitalen Zeitalter; ders. (1998). Digitale Weltentwürfe. Streifzüge durch die Netzkultur. München Wien; Sassen, S. (1995). Metropole: Grenzen eines Begriffs. in: Fuchs, G. et al (Hg.). Mythos Metropole. Frankfurt, 165-177.

⁶ Castells, M. (1991). Die zweigeteilte Stadt - Arm und Reich in den Städten Lateinamerikas, der USA und Europas. in: Schabert, T. Die Welt der Stadt. München, 199-216; ders. (1999). Space flow - der Raum der Ströme. in: Bollmann, S. Kursbuch Stadt. Stuttgart, 39-82; Sassen, S. (1996). Metropolen des Weltmarktes: die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt; von Petz, U./K.M. Schmals (Hg.) (1992). Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung. Dortmund.

⁷ Borja, J. und M. Castells (1997). Local & Global. Management of cities in the information age. London; Castells, M. (1989). The informational city. Information technology, economic restructuring, and the urban-regional process. Oxford, Cambridge; Sassen, S. (1996). Metropolen des Weltmarkts: die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt; Für die Schweiz vgl. Hitz, Hansruedi et al. (1995). Capitales fatales. Restrukturierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich. Zürich.

Liberalisierung äussern sich für die Architektur je nach Dimension des Vorgehens in unterschiedlichen Anforderungen und Möglichkeiten. Betrachten wir zunächst die kleinräumigen Aktionsfelder. Architektonische Interventionen beeinflussen zwar die Urbanität, reichen aber zu ihrer Bestimmung nicht aus. Diese aus den Erfahrungen mit dem Städtebau der Modernen resultierende Ernüchterung hält aber eine überaus erhellende Lektion bereit: funktionsfähige, vitale Stadträume sind Ergebnis eines ebenso komplexen wie offenen und unwägbaren Prozesses, der von niemandem kontrolliert werden kann. Auf lokalem Knowhow beruhende architektonische Realisierungen können hier – oft Hand in Hand mit Liberalisierungen – zu Katalysatoren einer punktuellen städtischen Aufwertung werden.

Die auf finanzstarke Investoren angewiesene grossräumige Stadterneuerung, wie sie beispielsweise im Zürcher Industriequartier erfolgt, wird wesentlich von der Standortkonkurrenz zwischen den Städten mitbestimmt. Stadtraum ist hier ein auf Messen präsentiertes, international angebotenes Investitionsobjekt. Baulich resultiert daraus bedauerlicherweise zu oft eine „Architektur der Nacktheit“ (Castells) - eine ebenso sarkastische wie unfreiwillige Verdoppelung der postmodernen Ironie: Die simulierten Stadtlandschaften zeugen von einem akuten Mangel an Identität, der die Uniformität des Internationalen Stils, den man ironisch zu brechen versprach, bei weitem übertrifft. Nicht wenige Stadtverwaltungen sehen deshalb in der kooperativen Stadtplanung eine entscheidende urbanistische Innovation zur Sicherung befriedigender Stadtentwicklung. Stadtplanung ist nicht mehr technisch-bürokratische Verfahrensabwicklung, sondern wird zum Stadtmanagement.⁸ Die Behörden agieren vor allem als Moderatoren - ständig darum bemüht, Investoren und Grundeigentümer an einen Tisch zu bringen und zu Vertragsabschlüssen zu bewegen. Eine raschere Abwicklung bürokratischer Prozesse und die Enthierarchisierung der Entscheidungsfindung mögen Vorzüge dieses Vorgehens sein. Nun sind aber die städtischen Verhandlungspositionen oft von der Notwendigkeit wirtschaftlicher Revitalisierung geprägt, wodurch städtebaulichen Aspekten - allen publizistischen Paukenschlägen bei international prominent besetzten Ideenwettbewerben oder bei Eröffnungen von Kulturzentren, Ausstellungsgebäuden etc. zum Trotz – nur eine untergeordnete Rolle zukommt. Zudem können hinter den verschlossenen Türen der Sitzungszimmer die Interessen der Allgemeinheit wie auch Fragen der demokratischen Kontrolle über die verfolgten Ziele und ihre Umsetzung nur schwer durchgesetzt werden. Ebenso wenig wie beim modernen Städtebau wird sich so eine vitale, tolerante und anpassungsfähige Stadt einstellen. Die Investorenanliegen verpflichtete Architektur muss dazu mit den Bedingungen vor Ort versöhnt werden. Diese Aufgabe richtet sich an die Behörden wie an Architektinnen und Architekten. Erfahrungen mit kleinräumigen Interventionen können von den Behörden als hilfreiche Orientierungslinien für vielversprechende grossräumige Revitalisierungen in die Verhandlungen eingebracht werden. Für die Architektur resultieren daraus neuartige Bauaufgaben. Hierin liegt ihre eigentliche Herausforderung.

⁸ Basten, L. (1998). Die Neue Mitte Oberhausen. Ein Grossprojekt der Stadtentwicklung von Politik und Planung. Basel, Boston, Berlin; Fassbinder, H. (1997). Stadtforum Berlin. Einübung in kooperative Planung. Hamburg; Keller, D. A. et al. Hg. (1998). Planung + Projekte: Verständigungsversuche zum Wandel der Planung. Dortmund.; Weck, S. (1995). Neue Kooperationsformen in Stadtregionen - Eine regulationstheoretische Einordnung. Dortmund.